

© inamo Nr. 40/Winter 2004, Jahrg. 10, S. 10 f.

Die zunehmenden Aktivitäten und die Öffnung der syrischen Zivilgesellschaft wurde von der Hoffnung genährt, daß unter Präsident Bashar al-Asad ein neuer Wind wehen würde. Schließlich ging ihm der Ruf eines Reformers voran. Nach dem Tode Hafiz al-Asads wandten sich Bürgerrechtler und Oppositionelle mit politischen Forderungen an die Öffentlichkeit, organisierten Diskussionsforen und versuchten bei den Reformkräften innerhalb der politischen Elite Gehör zu finden. Der Traum war schon nach wenigen Monaten vorbei: Das syrische Regime setzt wieder repressive Mittel gegen eine Opposition ein, die selbst kein homogener Block ist. Von linken, radikalen Gruppen über moderate Reform- und marktwirtschaftlich orientierte Gruppen bis hin zu den Muslimbrüdern ist alles vertreten. Es handelt sich um Parteien, regimekritische Persönlichkeiten, Diskussionsforen und lose Assoziationen, die vor allem die Kritik am Regime eint. Ihre gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen unterscheiden sich erheblich.

Die syrische Zivilgesellschaft: Vom Frühling zum Winter

Von Carmen Becker

Die in der Sozialwissenschaft gebräuchlichste Definition von Zivilgesellschaft verortet diese in einer nicht-staatlichen Handlungssphäre. Eine Zivilgesellschaft besteht aus einer Vielzahl konkurrierender Assoziationen sowie einzelner Bürger, die ihre spezifischen Interessen artikulieren und autonom organisieren. Diese Interessen betreffen immer die politische Ordnung. Somit sind die Akteure der Zivilgesellschaft in die Politik involviert, ohne direkt nach politischen Ämtern zu streben.

Letzteres trifft jedoch auf die syrische Zivilgesellschaft nicht unbedingt zu. Unter ihnen befinden sich Parlamentarier (Riyad Seif), geduldete Parteien (die Parteien der national-demokratischen Sammlung) sowie illegale Parteien. Sie besitzen jedoch keine Möglichkeiten der Interessenartikulation und der Interessendurchsetzung im syrischen System der Entscheidungsfindung. Bei der Zivilgesellschaft handelt es sich daher zum großen Teil um eine Form nicht integrierter, politischer Opposition. Teile von ihnen streben eine direkte Teilnahme am institutionalisierten Entscheidungsfindungsprozeß an, zum Beispiel zur Zulassung zu Wahlen. Intellektuelle, Wissenschaftler und auch einige Unternehmer streben nach einer Öffnung des Systems und nach Reformen, ohne das Ziel der direkten politischen Teilnahme zu verfolgen.

Der »Damaszener Frühling«

Während des so genannten Damaszener Frühlings erlebte Syrien eine neue Qualität der politischen Auseinandersetzung. Bereits im Sommer 2000 bildeten sich auf Betreiben einiger Intellektueller und Politiker Diskussionszirkel. Sie fühlten sich durch die Antrittsrede Bashar al-Asads ermutigt, in der dieser vom Respekt gegenüber der Meinung des anderen und von demokratischen Reformen sprach.¹ Die Diskussion, die vor allem in der libanesischen Presse ihren medialen Ausdruck fand, drehte sich um Zivilgesellschaft, Staat, Reformnotwendigkeiten, Demokratie, Transparenz und Pluralismus.

Es gründeten sich unterschiedliche Sammlungsbewegungen wie die »Gründungsorganisation der Komitees der Zivilgesellschaft zur Wiedergeburt der Zivilgesellschaft« und die »Freunde der Zivilgesellschaft«. Man ging mit zwei Appellen an die Öffentlichkeit: Im Sommer 2000 mit dem »Memorandum der 99« und Anfang 2001 mit der »Erklärung der 1000«. Erstere forderte ein Ende des Ausnahmezustandes, demokratischen Wandel, Befreiung politischer Gefangener und Freiheitsrechte. Letztere präzisierte die Forderungen, indem die Unterzeichner ein demokratisches Wahlgesetz und mehr Raum für die zivilgesellschaftlichen Komitees in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verlangten. ² Ebenfalls im Januar 2001 kündigte Riyad Seif die Gründung einer liberal-demokratischen Partei an. Im Sommer 2001 kam es zu hitzigen Debatten in- und außerhalb des Parlaments, nachdem Seif öffentlich bekannt gab, daß die Vergabe der Mobiltelefonlizenzen, von der Bashar al-Asads Onkel Muhammad Makhoul und seine Familie profitiert hatte, durch massive Korruption beeinflusst war.

Verhaftungen, Verbote, Einschüchterung

Während das »Memorandum der 99« toleriert wurde, legte das Regime nach der »Erklärung der 1000« ab Februar 2001 einen härteren Gang ein und ging repressiv gegen Dissidenten vor. Bashar al-Asad, der zunächst den Entwicklungen liberal gegenüber gestanden hatte, schlug sich auf die Seite der Hardliner. Während konstruktive Kritik seine Position gegenüber den Konservativen und Reformgegnern innerhalb der politischen Elite gestärkt hatte, fühlte er sich bedroht, als einige Dissidenten fundamentale Kritik am Regime und an seinem Vater äußerten.

Es kam zu einer Reihe von Verhaftungen prominenter Regimekritiker wie Riyad Seif, Muhammad Ma'mun al-Homsi, Arif Dalila, Walid al-Bunni, Habib Isa und Riyad al-Turk, der erst 1998 nach 17 Jahren Haft entlassen worden war. Alle wurden zu Haftstrafen zwischen fünf und zehn Jahren verurteilt, nachdem die Immunität der beiden Parlamentarier Seif und al-Homsi aufgehoben worden war.³ Riyad al-Turk wurde später auf internationalen Druck hin vom Präsidenten begnadigt. Menschenrechtsaktivisten kamen ins Visier der Polizei und der Geheimdienste, nachdem das »Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte« 2001 zum ersten Mal ein Bericht zur Lage der Menschenrechte in Syrien veröffentlichte. Von den Diskussionszirkeln und politischen Salons blieb lediglich ein Forum übrig, nachdem den anderen die seit 2001 erforderliche Erlaubnis verweigert wurde. Die Erlaubnis muß vom Ministerium für Arbeit und soziale Angelegenheiten eingeholt werden. Die Verfahrensweise und die Kriterien für die Erlaubnis oder die Ablehnung liegen aber im Dunkeln.

Die rote Linie

Die Entwicklungen zeigen, daß spezifische Kritik am Regime und am System oder konkrete Kritik seiner Mitglieder legal nicht möglich sind. Forderungen nach Demokratie, *good governance* im öffentlichen Sektor und nach Pluralismus werden hingegen toleriert, solange nicht spezifiziert wird, was darunter konkret verstanden werden soll. Das Regime ist bestrebt, die Definitionshoheit über diese Begriffe zu wahren und somit indirekt die Opposition zu kontrollieren. Denn angesichts eines Präsidenten, der selbst von Demokratie und Pluralismus spricht, ist die allgemeine Forderung nach mehr Demokratie für das Regime im Prinzip ungefährlich.

Mittlere Führungskader der regierenden Baath-Partei vor allem aus dem Hochschulbereich nahmen anfangs ebenfalls an den Diskussionen teil und setzen sich mit ihnen kritisch auseinander. Die Baath-Führung ermutigte sie, Position zu beziehen.⁴ Jedoch distanzieren sich viele Baath-Mitglieder und reformorientierte Kräfte wieder von den Diskussionen und der zivilgesellschaftlichen Bewegung, da sie als schädlich für das Image des modernen Präsidenten wahrgenommen wurde. Sie kritisierten daher auch kaum den harten Kurs des Regimes, aber versuchten selbst, einen für syrische Politiker ungewöhnlich diskursiven, modernen und transparenten Stil in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Reaktion auf den Irakkrieg

Teile der Zivilgesellschaft zeigen sich nach dem Irakkrieg versöhnlicher gegenüber dem Regime. Im Mai 2004 wurde ein Aufruf zu umfassenden politischen Reformen und zur Einberufung einer Konferenz des nationalen Dialogs an den Präsidenten gesandt, der von fast 300 Persönlichkeiten unterschrieben wurde. Aufgrund der veränderten strategischen Gegebenheiten in Palästina und dem Irak befindet sich Syrien, so der Aufruf, in großer Gefahr, vor allem angesichts der amerikanischen Bedrohung. Daher sei die Freilassung aller politischer Gefangenen, die Rückkehr politischer Exilanten, die Rückgabe der Staatsbürgerschaft und der zivilen Rechte, die Aufhebung des Notstandes und der Militärgerichte, die Beschneidung der Vollmachten der Geheimdienste und die Geltung aller Menschen- sowie politischen Rechte unumgänglich. Die Notwendigkeit der Reformen wird nicht mit dem inneren gesellschaftlichen Zustand Syriens oder mit normativen Werten begründet. Sie ergibt sich vielmehr als rationale Reaktion auf die veränderte strategische außenpolitische Lage. Diese Maßnahmen seien unumgänglich, wolle man Syrien aus der Krise führen und somit indirekt die Regierung retten, so die Argumentation eines Teils der Opposition.

In diesem Zusammenhang erscheint zumindest ein Teil der Zivilgesellschaft als potentieller Partner des Regimes in Zeiten, in denen die nationale Einheit gegenüber feindlichen äußeren Einflüssen Priorität genießt. Dies gilt umso mehr, da die oppositionellen Gruppen und Zirkel keine breite Anhängerschaft innerhalb der Masse der Bevölkerung haben. Eine Ausnahme bilden gemäßigte islamistische Bewegungen oder konservative muslimische Gruppen, die über ihre Institutionen und die zunehmende Islamisierung des öffentlichen Lebens seit den 90er Jahren die Masse der Bevölkerung erreichen. Sie stehen jedoch unter strenger Kontrolle durch die Geheimdienste, bzw. sind wie der Sufi-Orden der Naqshbandiyya, der eher auf eine Islamisierung der Gesellschaft durch eine Orientierung an sogenannten islamischen Werten hinarbeitet, kooptiert. 5

Neue Entwicklungen, neue Hoffnung?

Aufgrund der Repression hat sich ein Teil der politischen Aktivitäten ins Ausland, vor allem nach London und in den Libanon, verlagert. In Syrien sind die Gerichtsverhandlungen gegen Oppositionelle mittlerweile die wirksamste Manifestation in der Öffentlichkeit. Dennoch gab es in der zweiten Jahreshälfte 2004 mehrere Anzeichen für Tauwetter: Der neue Informationsminister Dakhllallah, der bis zu seiner Ernennung im September 2004 Chefredakteur der staatliche Zeitung *al-Baath* war, fordert zumindest rhetorisch und in

mehreren Leitartikeln Pressefreiheit. Im Juli und August 2004 wurden laut Anwar al-Bunni 251 politische Gefangene aus der Haft entlassen, darunter auch Muslimbrüder. Es gibt Anzeichen, daß alle politischen Gefangenen, die nicht in Morde verwickelt sind, entlassen werden sollen. Außerdem werden Gerichtsverfahren zunehmend vor Zivilgerichten durchgeführt und weniger vor den berüchtigten Sicherheitsgerichten, die zur Militärgerichtsbarkeit gehören und von denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen bleibt.

Ob das Regime tiefere Maßnahmen zur gesellschaftlichen Öffnung durchführen wird, bleibt weiterhin fraglich. Ein Ende des Ausnahmezustandes steht auch nach über 30 Jahren nicht zur Diskussion. Folterungen gehören immer noch zu den üblichen Verhörmethoden. Es wird sich zeigen, ob das Regime zumindest den moderaten Teil der Zivilgesellschaft angesichts der Bedrohung seiner regionalen Position und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Inneren in das System langfristig kooptieren will, oder ob dies lediglich einige Schönheitskorrekturen sind.

Carmen Becker ist Politikwissenschaftlerin in Berlin

1 Mustafa Tlass (Hrsg.) (2002): *Kadhak qala al-Asad (So sprach al-Asad)*, Verlag Dar Tlass, Damaskus, S. 23-37.

2 Mohamed Jamal Barout (2002): « Le débat sur la société civil », in: *Confluences Méditerranée*, No. 44 Hiver 2002-2003, S. 58.

3 Zum Gerichtsverfahren gegen Seif vgl. O.N. (2001): »Syrische Bürgerrechtler vor Gericht«, in: *INAMO*, Jahrg.7, Nr. 28, S. 39-40.

4 Philippe Droz-Vincent (2001): «Syrie: 'la nouvelle génération' au pouvoir«, in: *Monde Arabe Maghreb Machrek*, Nr. 173, S. 23

5 Vgl. Suzanne Stiever Lie / Kari Vogt (2003): «Islamization in Syria: Gender, Education and Ideology, in: *Journal of South Asian and Middle East Studies*», Vol. 26 No. 2, S. 22-41.